

SWOT-Analyse | Algerien | Außenwirtschafts-, Industriepolitik

16.01.2020

SWOT-Analyse - Algerien

Ausgang der Krise ist noch offen / Von Friedrich Henle

Berlin (GTAI) - In Algerien herrscht Unklarheit über die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung. Sinkende Einnahmen aus dem dominierenden Öl- und Gasgeschäft machen Reformen notwendig.

Algerien ist mit einer Bevölkerung von mehr als 43 Millionen Einwohnern, die um 1,6 Prozent pro Jahr wächst, grundsätzlich ein attraktiver Absatzmarkt. Aktuell belasten die unklare politische Lage und rückläufige Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft die wirtschaftliche Entwicklung. Das Geschäftsumfeld bewerten internationale Vergleichsstudien weiterhin als deutlich schwieriger als das in den Maghreb-Nachbarländern Tunesien und Marokko.

SWOT-Analyse Algerien

Strengths (Stärken)	Weaknesses (Schwächen)
<ul style="list-style-type: none"> • Großer Binnenmarkt mit mehr als 43 Millionen Einwohnern • Ergiebige Rohstoffvorkommen (Öl, Gas, Phosphat, Eisenerz) • Geografische Nähe zum europäischen Markt • Geringe Außenverschuldung 	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe Abhängigkeit vom Öl- und Gassektor • Kaum diversifizierte Industrie, schwacher Privatsektor • Geringe Transparenz, schwerfällige Bürokratie • Politische Krise mit unsicherem Ausgang • Hohe Jugendarbeitslosigkeit
Opportunities (Chancen)	Threats (Risiken)
<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen • Erschließung neuer Gas- und Ölfelder • Nutzen des großen Potentials für Erneuerbare Energien und Tourismus • Diversifizierung der Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Andauernde politische Krise und wiederkehrende Proteste • Niedrigere Weltmarktpreise für Rohstoffe • Ausweitung des staatlichen Defizits • Zum Teil verschlechterte Sicherheitslage

Segen und Fluch der Öl- und Gasbranche

Die dominierende Öl- und Gasbranche stellt gleichzeitig eine Stärke und eine Schwäche für Algeriens Wirtschaft dar. Sie sorgt für mehr als 90 Prozent der Exporteinnahmen und deckt 60 Prozent des Staatshaushalts ab. Gesunkene Weltmarktpreise für Rohöl und eine rückläufige Fördermenge in den letzten Jahren stellen jedoch eine Belastung dar. Förderte das Land 2005 noch etwa 1,5 Millionen Barrel pro Tag, sind es aktuell nur noch etwa 1 Million Barrel.

Ein neues Energiegesetz soll diese Entwicklung aufhalten, indem es die Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen verbessert, unter anderem durch eine niedrigere Besteuerung. Die vorgeschriebene Mehrheitsbeteiligung für den staatlichen Öl- und Gaskonzern Sonatrach - das größte Unternehmen Afrikas - wird allerdings bestehen bleiben. Das Energieministerium begründet die Notwendigkeit eines neuen Energiegesetzes damit, dass das Interesse ausländischer Unternehmen an Explorationsprojekten deutlich abgenommen hat. Seit 2005 sind auf 67 entsprechende Ausschreibungen nur 19 Angebote eingegangen.

Im November 2019 passierte das Gesetz das algerische Parlament. Die Protestbewegung in der Bevölkerung, die im April 2019 zum Rücktritt des langjährigen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika geführt hatte und auch nach den Wahlen vom 12. Dezember 2019 andauert, spricht sich allerdings gegen das Gesetz aus.

Ausländische Direktinvestitionen mit Entwicklungspotenzial

Aktuell leiden die Unternehmen unter der unsicheren politischen Lage und den Sparzwängen des Staates. Die Nachrichten von Insolvenzen und Entlassungen nehmen zu, insbesondere aus der Baubranche, die stark von staatlichen Aufträgen abhängt. Im November 2019 verkündete NCA Rouiba, Algeriens größter Fruchtsafthersteller und eines der wenigen an der Börse von Algier gelisteten Unternehmen, in finanziellen Schwierigkeiten zu stecken.

Algerien versucht seit etlichen Jahren, die Wirtschaft unabhängiger von Öl und Gas zu machen, hat bisher aber keine großen Fortschritte erzielt. Der Reformdruck ist aktuell so hoch, dass die Regierung erstmal in den Finanzgesetzen für 2020 einen Passus aufgenommen hat, mit dem der Joint Venture-Zwang (Anteil von 51 Prozent für algerische Unternehmen) für ausländische Unternehmen in nicht-strategischen Feldern aufgehoben wird. Noch steht die Veröffentlichung der Durchführungsgesetze aus, die diese Felder definieren. Gleichzeitig trägt die Regierung nicht gerade zu verlässlichen Investitionsbedingungen bei. Für die Endmontage von Autos, Haushaltsgeräten und Handys setzte sie 2019 kurzfristig Importquoten für Montagekits fest beziehungsweise strich Zollvergünstigungen für die Hersteller.

Der regionale Vergleich zeigt, dass die Investitionen ausländischer Unternehmen in Algerien Entwicklungspotenzial haben. Lag der Bestand an Direktinvestitionen in Algerien Ende 2018 laut UNCTAD bei 30,6 Milliarden US-Dollar (US\$), so verzeichnete das im Vergleich deutlich kleinere Tunesien einen Bestand von 26,8 Milliarden US\$ und Marokko einen Bestand von 64,2 Milliarden US\$.

Es bleibt abzuwarten, welche Wirkung die angekündigten Maßnahmen zur Förderung der ausländischen Direktinvestitionen entfalten. Viel hängt davon ab, welche Wirtschaftspolitik der frisch gewählte Präsident verfolgen wird.

Mehr zum Land finden Sie unter: <http://www.gtai.de/algerien>

Dieser Inhalt ist relevant für:

Algerien
Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Konjunktur / SWOT-Analyse
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Meike Eckelt

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 278

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.